Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 400 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 M., unter Eingesandt 1000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 89 | Dienstag, 17. April | 1923

Die Rede des Reichsaußenministers im Reichstag.

334. Sitzung vom 16. April.

Am Regierungstisch das gesamte Reichskabinett unter Führung des Reichskanzlers. Die Tribünen sind stark besetzt.

Ein Antrag der Deutschvölkischen, der sich gegen die Beschränkung der persönlichen Freiheit von Abgeordneten wendet, wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. — Das provisorische Handelsübereinkommen mit Spanien wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Es folgt dann die zweite Lesung des Haushaltsplans des Auswärtigen Amtes. — Für den Haushaltsausschuß berichtet Abg. Hoetzsch (Dtn.). Alsdann erhält das Wort

Reichsminister des Aeußeren Dr. v. Rosenberg:

Eine Fülle schier unlösbarer Probleme hat uns der Weltkrieg aufgebürdet und drückt mit einem Gewicht auf Deutschland, dessen Schwere wir täglich empfinden. Wer die heimischen Dinge vom Auslande her zu verfolgen hatte und unter dem unmittelbaren Eindruck der fremden Umwelt, ihrer Anschauungen und Urteile stand, dem kam die ungeheure Schwierigkeit auch des kleinsten Fortschrittes in unseren auswärtigen Beziehungen deutlich zum Bewußtsein. Wer immer an dieser Arbeit fortzubauen hat, **wird sich von der Illusion freihalten müssen, als besäßen wir viele Freunde in der Welt. (Sehr richtig!) Den wenigen, die uns in der Stunden der Not treu geblieben sind, darf ich auch in dieser Stunde ein Wort des Dankes zurufen. (Lebhafter Beifall.)**

Der Glaube an Deutschland und das deutsche Volk gab uns die Kraft, waffenlos dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet entgegenzutreten. Zahlreich sind die Opfer. Der Ausgang des ungleichen Kampfes wird von weltgeschichtlicher Tragweite sein. Gelänge es Frankreich, **was nicht der Fall sein wird,** die waffenlose Bevölkerung auf die Kniee zu zwingen, so wäre der **Militarismus für alle Zeiten Trumpf,** und für den Gang der Weltgeschichte wäre künftig nur noch die **Zahl der Bajonette** entscheidend.

Erweist sich aber der Waffenlose als unüberwindlich, so ist der Beweis erbracht, daß die Macht kriegerischer Rüstungen und militärischer Gewalt ihre Grenzen hat, und daß der auf Vernunft und Recht gestützte, geschlossene Wille eines Volkes mehr ist und stärker ist als Tanks und Maschinengewehre.

Am Rhein und an der Ruhr wird nicht um Holz und Kohle, sondern um Fortschritt oder Rückgang des Rechts- und Friedensgedankens gerungen. (Sehr wahr!) Der Vertrag von Versailles verfolgt angeblich das Ziel, einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden herzustellen, zu welchem Zweck die allgemeine Abrüstung dienen soll, mit der Deutschland den Anfang machen mußte. Aber während wir abrüsteten, wurde dem anderen Kontrahenten seine Rüstung nicht verringert, sondern er konnte sich die **stärkste Kriegsmacht der Welt** aufbauen und mit ihr, mitten im Frieden, in das tatsächlich waffenlose Gebiet des anderen eindringen. Gäbe das Dokument wirklich solche Rechte, so würde das darauf hinauslaufen, daß zwar der Krieg auf der ganzen Linie verpönt, daß er aber in einem Fall statthaft ist, nämlich wenn es sich darum handelt, Schulden einzutreiben. Unser eigenes Ziel in diesem Ringen ist ein reines Verteidigungsziel; darum sind auch unsere Abwehrmaßnahmen rein defensiv. Kraft und Erfolg unserer Abwehr hängen davon ab, daß es so bleibt. (Sehr gut!) Wir wollen mit Standhaftigkeit zur Freiheit gelangen, zur Freiheit, die schwer belastet sein wird mit Leistungen, die bis an die Grenze unserer Kraft gehen, **an deren Erfüllbarkeit aber das deutsche Volk glauben muß, um sie erfüllen zu können.** (Sehr gut!) Frankreich hört nicht auf, vom bösen Willen Deutschlands zu sprechen. Alle unsere Vorschläge zur Regelung der strittigen Fragen und zur Schaffung des Friedenspaktes sind abgelehnt worden. **Auf der Pariser Konferenz im Januar hat man nicht einmal unseren Vorschlag zur Kenntnis genommen.** Es handelt sich um ein festes Angebot von 20 Milliarden M., zu 5 Proz. verzinslich und nach Möglichkeit im Wege einer internationalen Anleihe aufzubringen. Diese 20 Milliarden sollten sich nach 4 und 8 Jahren um je 5 Milliarden auf zusammen 30 Milliarden erhöhen, wenn das internationale Anleihekonsortium die Leistungsfähigkeit Deutschlands als gegeben erachtete. Das war das, was wir im besten Falle übernehmen zu können glaubten. Inzwischen hat der Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet stattgefunden und Deutschlands Fähigkeit zur Zahlung von Reparationen verringert. Ich glaube, daß die Lösung, die eines Tages gefunden werden wird, von diesem in Paris so stiefmütterlich behandelten deutschen Projekt ihren Ausgang nehmen wird. **Deutschland ist bereit und gewillt, zur Erfüllung seiner Reparationspflicht zu arbeiten, zu opfern und zu zahlen, was immer in seiner Kraft steht.** Dies ist der Inhalt, aber auch die Grenze seiner Verpflichtung; sie wird erfüllt werden. Wer will, solange der französische Vernichtungskrieg nicht aufgehört hat, zahlenmäßig

die Leistungsfähigkeit Deutschlands festlegen?

Wenn konkrete Zahlen jetzt nicht genannt werden können, so kann und will sich die Regierung bei diesem negativen Ergebnis nicht beruhigen.

Sie hat nach anderen Wegen gesucht, um die Reparationsfrage aus dem Sumpfe herauszuholen, in dem sie selbst, und mit ihr Europa, zu ersticken droht. Wir haben die wichtigsten an Europas Schicksal interessierten, aber nicht unmittelbar am Ruhrkonflikt beteiligten Mächte davon in Kenntnis gesetzt, daß wir den von einem bekannten Staatsmann gewiesenen Weg, die Lösung des Problems einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission höchster Finanzautoritäten zu übertragen, zu gehen bereit sind. Diese Kommission, an der auch Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, hätte folgende Fragen zu beantworten:

1. Was hat Deutschland bisher geleistet?

2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten?

3. Auf welche Weise können diese Leistungen bewerkstelligt werden?

Wird dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an den internationalen Kapitalmarkt wegen Bewilligung einer **möglichst großen Anleihe** heranzutreten, die von Deutschland mit jeder von dem Anleihe-Konsortium als nötig bezeichneten **Sicherheit** auszustatten und an **Frankreich oder die Alliierten als sofortiger barer Vorschuß zu behändigen sein würde.** Die Regierung ist überzeugt und würde erforderlichenfalls durch geeignete Maßnahmen auch auf gesetzlichem Wege dafür sorgen, daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der so auf das Erfüllbare zurückgeführten deutschen Reparationsverpflichtung stellen. Die auf amerikanische Anregung hin gefaßte Resolution des zweiten Kongresses der Internationalen Handelskammer findet durchaus unsere Zustimmung. Die von uns angebotenen Zahlungen waren stets auf Wirklichkeiten aufgebaut und stets entrüstet zurückgewiesen worden. Im Sommer 1919 boten wir 100 Milliarden, die Franzosen forderten 375. Zwei Jahre später, in London, näherte man sich bereits unserem Pariser Angebot und forderte 132 Milliarden, die deutsche Wirtschaft war aber inzwischen so geschwächt, daß wir nur noch 50 bieten konnten. Im Januar d. J., in Paris, war man so weit, die von uns in London angebotenen 50 Milliarden zur Grundlage der Erörterungen zu machen. Aber die Zeit und die Entwicklung waren über unser Londoner Angebot hinweggegangen. Was 1921 möglich war, konnte 1923 nicht mehr zugrunde gelegt werden.

Deutschlands Wirtschaftskraft bewegt sich, solange die jetzigen Verhältnisse in Europa andauern, unrettbar und unentrinnbar auf absteigender Linie. Neuerdings beginnt Frankreich wieder das Problem seiner angeblich bedrohten Sicherheit in die Debatte zu werfen. Anstatt von der Sicherung Frankreichs zu sprechen, läge es näher, zu untersuchen, wie sich die Wiederkehr ähnlicher Attentate auf die Souveränität des Deutschen Reichs verhindern läßt (Lebhafte Zustimmung), und welche Garantien Frankreich im Interesse der Befriedung Europas und einer ruhigen Entwicklung der deutschen Verhältnisse zu gewährleisten bereit ist.

Pläne, die sich mit der Errichtung eines selbständigen rheinischen Bundesstaates oder der Übertragung von Verwaltungsbefugnissen auf internationale Organisationen beschäftigen, sind für die militärische Sicherheit Frankreichs wertlos und für uns undiskutabel. Die Rheinlande und die Rheinländer sind und bleiben deutsch. Unannehmbar ist für uns das System der etappenweisen Räumung des Einbruchsgebiets. Auch die letzte Rede des Herrn Poincaré in Dünkirchen war eine Predigt der Gewalt, mit der er dem Verständigungsgedanken einen schlechten Dienst erwiesen hat. Ein Verhängnis ist es, daß seit Jahrhunderten Frankreich und Deutschland nie zu einem rechten Frieden gelangen konnten. Die Völker Deutschlands und Frankreichs haben nur eine Wahl: **entweder miteinander zu leben oder miteinander unterzugehen.** Solange Frankreich sich nicht dazu entschließt, Deutschlands Recht auf Freiheit und Existenz anzuerkennen, gibt es für uns nur eins: Weiter die Zähne aufeinander zu beißen, zusammenzustehen und, im Vertrauen auf unser Recht, gestützt auf die sittlichen Kräfte unseres Volkes, auf seinen Willen zum Leben und seine Liebe zum Land **im Widerstand auszuharren** (Lebh. Beifall und Händeklatschen bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei).

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Der Herr Minister hat die letzte Rede Poincarés mit Ruhe und Besonnenheit betrachtet, wofür wir ihm dankbar sein können. Der französische Ministerpräsident hat mit all den Requisiten gearbeitet, die uns aus der Kriegszeit bekannt sind: Durchhalten, durchhalten bis ans Ende, um Gottes willen keine Schwäche zeigen! Damals war die Folge, daß nicht nur die Besiegten, sondern auch die Sieger am Ende des Krieges bankrott gewesen sind. Aufgabe der Politik muß es daher sein, bei der Liquidation des Ruhrunternehmens dafür zu sorgen, daß denen, die bankrott geworden sind, die Wiederaufrichtung in der Zukunft ermöglicht wird. Ehe der Einbruch in das Ruhrgebiet liquidiert wird, wird es eine Befriedung Europas nicht geben. Die ganze Welt, insbesondere das Wirtschaftsleben, wird auf das stärkste von den Folgewirkungen dieses Einbruches beeinflußt. Trotzdem sehen wir, daß die mitleidenden Völker bisher nur wenig Anstrengungen gemacht haben, Europa aus dieser furchtbaren Situation herauszuhelfen. Der Völkerbund ist bisher nicht eingespannt worden. Praktisch hätte das auch keinen Zweck gehabt, denn die französische und die belgische Regierung haben bisher stets erklärt, daß sie auch eine Vermittlung des Völkerbundes nicht anzunehmen gewillt seien. (Sehr richtig!) Das ist, um des Völkerbundes willen, zu bedauern, denn solange der Schützer des Völkerrechtes, der doch der Völkerbund sein soll, sich solchen Einbrüchen gegenüber neutral verhält, kann der Völkerbund ein Ansehen nicht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen uns damit abfinden, daß es anscheinend nicht zu viele Freunde Deutschlands in der Welt gibt. Wenn es anders wäre, kann wäre, vier Jahre nach Abschluß dieses Krieges, der Einbruch in das Ruhrgebiet ebensowenig möglich gewesen wie die Rede des französischen Ministerpräsidenten in Dünkirchen. Wenn also auch von neutraler Seite nichts zu erwarten ist, so legt uns das die Pflicht auf, zu prüfen,

ob nicht von deutscher Seite selbst eine Politik gesteigerter Aktivität zu entfalten wäre. Wir dürfen hier nicht auf ein Wunder warten, das wäre keine Politik. (Sehr wahr! links.) Ein großes Aktivum ist es, daß sich der deutsche Widerstand ganz auf die passive Resistenz eingestellt hat. Das hat uns wirklich Sympathien in der Welt eingebracht. Müßten nicht alle Rechtsfreunde und Anhänger des Völkerbundes wünschen, daß dieser gewaltlose Widerstand gegenüber dem gewaltsamen Einbruch ins Ruhrgebiet und die übrigen Gebiete Deutschlands zum Ziele führt? (Sehr richtig!) Dieser gewaltlose Widerstand war möglich, weil die Bevölkerung, die ihn leistet, felsenfest von ihrem Recht überzeugt ist, und weil auf der anderen Seite, wenn es zu einer Kapitulation käme, die Kapitulation die politische Zerreißung Deutschlands zum Ziele und

Wir fordern Klarheit!

Ein Aufruf des Deutschen Friedenskartells.

Wir begrüßen die Erklärung des deutschen Außenministers v. Rosenberg vom 27. März in der Frage der Reparationen, worin er sich den Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes zu eigen machte und erklärte, die deutsche Regierung sei bereit, die gesamte Reparationsfrage einer unparteiischen Instanz zu unterbreiten, deren Spruch anzunehmen und das deutsche Großkapital in Industrie, Handel und Landwirtschaft zu dessen Erfüllung gesetzlich heranzuziehen.

Wir begrüßen es, daß der Reichskanzler Cuno, aus Anlaß der Beerdigung der Opfer von Essen, sich öffentlich zu dieser Erklärung des Außenministers bekannt und dabei der gefährlichen Legende ein Ende bereitet hat, als ob die Regierung erst nach Räumung des Ruhrgebiets Verhandlungen einleiten wolle.

Wir fordern aber, daß die deutsche Regierung daraus die Folgerung zieht und unverzüglich eine Note an die Gesamtheit der Alliierten richtet, worin die von ihr selbst bezeichneten Unterhandlungsgrundlagen schriftlich niedergelegt und den Alliierten bedeutet wird, daß die deutsche Regierung bereit ist, in sofortige Aussprache darüber einzutreten.

Wir fordern ferner, daß die deutsche Regierung in dieser Note die Summe nennt, die, nach ihrem Ermessen, der äußersten deutschen Leistungsfähigkeit entspricht und die den berechtigten Ansprüchen Frankreichs auf Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, soweit es irgend möglich ist, entgegenkommen sollte. Wir weisen darauf hin, daß die Differenz zwischen der Summe, welche die deutsche Regierung im Januar in Paris anbieten wollte, und den Forderungen für den Wiederaufbau, die Frankreich geltend macht, nur gering ist, wenn Frankreich für seine Forderungen der Vorrang vor denen der andern Alliierten gesichert wird.

Wir fordern schließlich in dieser Note Vorschläge für die gegenseitige Sicherung Frankreichs und Deutschlands gegen neue Kriege. Die Entmilitarisierung der deutschen Rheinufer auf ewige Zeiten unter Beaufsichtigung des Völkerbundes ist bereits durch den Versailler Vertrag festgesetzt (Artikel 42 bis 44); wir verlangen aber, daß die deutsche Regierung ihre Bereitschaft erklärt, auch darüber hinaus Sicherheiten zu schaffen, soweit diese auf freier Vereinbarung und Gegenseitigkeit beruhen; und daß sie in diesem Zusammenhange den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als beste Bürgschaft gegen jede Kriegsgefahr beantragt.

Die Erfüllung dieser Forderungen ist die notwendige Voraussetzung für die weitere ungeschwächte Abwehr militaristischer Gewalt und für das unentbehrliche Vertrauen, ohne das keine deutsche Regierung geeignet bleiben kann, das deutsche Volk in der gegenwärtigen Schicksalsstunde zu führen.

Die Ruhrbevölkerung wehrt sich und wird sich auch fernerhin durch ihren passiven Widerstand auf das heftigste wehren

gegen jede militärische Vergewaltigung; gegen jede offene und verschleierte Abtrennung weiterer Gebiete vom Deutschen Reich und gegen jede fremde Kontrolle über deutsche Arbeit.

Ihr Widerstand richtet sich aber nicht gegen die Zahlung einer unparteiisch nach den Geboten wirtschaftlicher Vernunft festgesetzten Reparationssumme; noch gegen eine erweiterte, auf Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit beruhende Sicherung Frankreichs und Deutschlands vor neuen Kriegen. Seine gerechten Ziele werden daher verdunkelt und seine moralischen Kraftquellen in verhängnisvoller Weise unterbunden, wenn nicht die gesamte Bevölkerung die feste Gewähr dafür hat, daß die deutsche Regierung eine vernünftige Regelung der Reparations- und Sicherheitsfrage mit allen Mitteln verfolgt und insbesondere die jetzt in Fluß gekommene Diskussion über diese Fragen umgehend in positive Unterhandlungen überleitet.

Berlin, April 1923.

Deutsches Friedenskartell.

Deutsche Friedensgesellschaft. Verband für internationale Verständigung. Deutsche Liga für Menschenrechte (Bund neues Vaterland). Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Deutscher Zweig). Deutsche Liga für Völkerbund. Bund für radikale Ethik. Bund der Kriegsdienstgegner. Weltjugendliga. Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Friedensbund deutscher Katholiken. Bund religiöser Sozialisten. Deutscher pazifistischer Studentenbund. Deutscher Monistenbund. Bund entschiedener Schulreformer (Gesamtverband Groß-Berlin). Vereinigung der Freunde der Religion und Völkerfrieden. Deutscher Bund für Mutterschutz.

SLUB
Wir führen Wissen.